

Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

Spionage und Zugriff auf die Infrastruktur des Landes – Wie geht die Landesregierung mit Bedenken aus Sicherheitskreisen um?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. inwieweit öffentliche Infrastruktur, Dienste und behördliche Ausstattungen in Baden-Württemberg auf Produkte von Huawei oder zu Huawei gehörenden Organisationen zurückgreifen;
2. inwieweit sie der Ansicht ist, dass es in Baden-Württemberg Sicherheitsrisiken beim Einsatz von Huawei-Produkten gibt beziehungsweise geben könnte;
3. welche Prüfungen möglicher Sicherheitsrisiken beim Einsatz von Huawei-Produkten in ihrem Verantwortungsbereich bisher erfolgt sind;
4. inwieweit daran das Landesamt für Verfassungsschutz, die Cyberwehr, das Landeskriminalamt und andere Behörden des Landes beteiligt waren;
5. inwieweit sie dabei im Austausch mit Bundesbehörden stand beziehungsweise steht;
6. inwieweit sie die Sicherheitsbedenken des ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, teilt, wonach die Beteiligung am 5G-Netzausbau dazu führen könne, dass Menschen rechtswidrig abgehört werden können;
7. inwieweit sie die Bedenken aus Sicherheitsbehörden teilt, wonach Huawei bei einer Beteiligung am 5G-Netz in der Lage wäre, das Netz in Deutschland abzuschalten;
8. inwieweit sie die Bedenken aus Sicherheitsbehörden teilt, wonach Unternehmen durch Huawei bzw. chinesische Stellen ausspioniert werden könnten;
9. welche Bedeutung und Folgen derartige Bedenken für ihr Handeln haben;
10. inwieweit sie die Einschätzung des Grünen-Innenpolitikers Konstantin von Notz teilt, wonach die Bundesregierung das Gefahrenpotenzial in dieser Sache komplett negiert;
11. ob sie es in diesem Zusammenhang für ausreichend erachtet, wenn Huawei oder die chinesische Regierung zusichern, dass nicht spioniert oder abgeschaltet wird;
12. wie sie die dahingehende Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Merkel anlässlich ihres Japanbesuchs mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet;
13. ob sie der Ansicht ist, dass man in zentralen Fragen der deutschen Sicherheit – und damit auch der Sicherheit von Baden-Württemberg – allein den Versprechungen eines anderen, nichtdemokratischen Staates vertrauen sollte;

14. welche Konsequenzen sie aus dieser Überzeugung zieht.

08.02.2019

Weinmann, Dr. Goll, Dr. Schweickert, Karrais, Dr. Rülke, Keck, Brauer, Haußmann FDP/DVP

Begründung

Nachdem aus Sicherheitskreisen heraus vermehrt öffentlich über mögliche Gefahren durch eine Beteiligung von Huawei an deutscher Infrastruktur diskutiert wird, hat sich auch die Bundeskanzlerin zum Thema geäußert. Die Haltung der Landesregierung wird erfragt.